



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Präsident Putins prekäre Allmacht. Margareta Mommsen, München</i>	2
<i>Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text</i>	4
<i>„All the President’s Men ...“. Hans-Henning Schröder, Bremen</i>	6
<i>Chronik vom 29. Januar bis zum 4. Februar 2004</i>	11

Präsident Putins prekäre Allmacht

... oder der Anschein politischer Stabilität in Russland

Von Margareta Mommsen, München

Zusammenfassung

Putins erste Amtszeit geht zu Ende, ohne dass die in der Verfassung festgelegten demokratischen Grundlagen des Systems genutzt worden wären. Sie wurden vielmehr zugunsten der Stärkung eines autoritären Präsidialsystems weiter deformiert und ausgehöhlt. Die übermäßige Steuerung des politischen Wettbewerbs führte zurück in den Einparteienstaat. Eine einseitige Personalpolitik brachte vorwiegend Vertreter der Sicherheitsorgane und des Militärs in hohe Ämter. Diese institutionellen wie gesellschaftlichen Grundlagen der Macht erweisen sich jedoch als prekär. Selbst die hohe Popularität Putins gaukelt politische Stabilität mehr vor als dass sie diese tatsächlich gewährleistet.

Präsident Putins prekäre Allmacht ... oder der Anschein politischer Stabilität in Russland

Margareta Mommsen, München

Als Putin seine erste Präsidentschaft antrat, war kaum erkennbar, wofür er stand und welchen Kurs er einschlagen würde. In Russland selbst wurde viel über das „Rätsel Putin“ gemunkelt. Eine amerikanische Journalistin brachte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Februar 2000 die Frage so auf den Punkt: „Who is Mister Putin?“. Diese bald geflügelten Worte blieben lange Zeit aktuell. Unterdessen lassen sich einige unstrittige Aussagen über Weltbild, Reformziele und Machtbasis des russischen Präsidenten machen. Gleichwohl bleiben selbst am Vorabend seiner sicheren Wiederwahl im März 2004 Unklarheiten über Kernfragen der weiteren Entwicklung Russlands bestehen. Besonders schwierig ist es, Putins Verhältnis zur Demokratie einzuschätzen. Während es an Lippenbekenntnissen zum freien politischen Wettbewerb nicht fehlt, weist das Vorgehen der Kremelführung in die gegenteilige Richtung. Insofern bleibt die Grundfrage offen, ob Putin ein „Andropow von heute“, ein russischer Pinochet, ein technokratischer Ingenieur des Systemwechsels oder doch ein – vielleicht immer noch verkappter – liberaler Reformist ist. Dieser Beitrag versucht, der Lösung des „Rätsels Putin“ näher zu kommen. Zuerst stehen Weltbild und Demokratieverständnis auf dem Prüfstand, im weiteren die Quellen und Methoden der Behauptung der Macht.

Putins Demokratieverständnis

Lässt man Putins offizielle Aussagen und Reden Revue passieren, so stößt man auf wiederholte Bekenntnisse zu Demokratie, Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit. Außerdem fällt auf, dass er sich von den zunächst betonten „russischen Werten“ bald abkehrte und stattdessen bekräftigte, Russland folge den gleichen Normen und Idealen, die für die europäische Integration richtungweisend seien. Die ursprünglich hochgehaltenen Parolen von der „Diktatur des Gesetzes“ und vom „starken Staat“ traten gegenüber dem Ideal des „effektiven Staates“ zurück. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verstärkte sich die Öffnung Russlands gegenüber dem Westen. Putin gab sich als Europäer wie Atlantiker und verbannte – zumindest für eine Weile – den Begriff der „multipolaren Welt“ aus dem offiziellen politischen Wortschatz. Andererseits zollte er immer wieder sowjetischen Werten Tribut. Dies zeigte sich in der Wiedereinführung der sowjetischen Hymne, in patriotischen Erziehungsprogrammen und in dem Entschluss, den revolutionären Staatsgründer Lenin als mumifiziertes Staatssymbol auch des demokratischen Russlands in Ehren zu halten.

Im Unterschied zu dem eigentümlichen ideologi-

schen Mix aus Sowjetpatriotismus und Weltoffenheit vertrat Putin in der Wirtschaftspolitik eine konsequent liberale Position. Die Fortsetzung dieses Kurses nach Putins Wiederwahl ist beschlossene Sache. So hat der neue Leiter der Präsidialadministration schon Ende Januar 2004 die Ziellinie weiterer liberaler Wirtschaftsreformen, ein sogenanntes „konservativ-zentristisches Programm“, verkündet. Dazu zählen die Modernisierung der Produktion, Steigerung des Wettbewerbs, Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Kampf gegen die Armut. Budgetpolitik, Finanzmärkte und Bankensektor sollen reformiert, kleinere und mittlere Unternehmen gefördert werden. Putin selbst hat wiederholt die Verdoppelung des Brutto-sozialproduktes als wichtiges Leitziel genannt.

Das Zauberwort der Stabilität kraft Wirtschaftsleistung rangiert als oberste Priorität. Nur wenn diese gewährleistet erscheint, könne auch Meinungsfreiheit und demokratischer politischer Wettbewerb herrschen, so die Putinsche Logik. Sie äußert sich in der strengen Kontrolle der Kremelführung über den Pluralismus politischer Meinungen wie Bewegungen. Gelegentlich offenbart sich das Denkmuster auch in spontanen Repliken des Präsidenten auf Fragen von Journalisten und Bürgern nach den Chancen von Demokratie und Meinungsfreiheit. Die stereotype Antwort lautet, dass „ohne wirksame Entwicklung der Wirtschaft“ nichts derartiges möglich sei. Im Widerspruch dazu stehen wiederkehrende Aussagen des Staatsoberhauptes, es gebe längst alle demokratischen Freiheiten in Russland. Derart widersprüchliche Erklärungen und wechselnde Bekenntnisse bald mehr zur Demokratie, bald mehr zum starken Staat, zum Patriotismus und zur Großmachtrolle Russlands, blieben nicht unbemerkt. Sie wurden als die typische Putinsche Dialektik glossiert. Ein Schlüssel zur Erklärung der krassen Widersprüche könnte in Putins Prägungen im sowjetischen Geheimdienst liegen. Denn in den auffälligen verbalen Bemäntelungen und Verdrehungen der Realität scheinen sich vorrangig die typischen Mentalitäten und Verhaltensweisen eines Geheimdienstlers abzuzeichnen. Sie bezwecken ein positives Echo zu Hause wie in der Welt. Auch in anderer Hinsicht erliegt Putin den Langzeitwirkungen seiner Ausbildung. Denn diese war nicht darauf ausgerichtet, Verständnis für Demokratie als einem System mit festen Verfahren, aber offenem Ausgang des politischen Wettbewerbs zu vermitteln. Die KGB-Schulung diente im Gegenteil der berechenbaren Absicherung der Macht durch Kontrolle über alle administrativen und gesellschaftlichen Vorgänge. Man mag bezweifeln, ob sich der frühere KGB-Oberst Putin von diesen Hypothesen freizumachen und der Demokratie

die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten wie der Marktwirtschaft einzuräumen vermag. Gelingt dies nicht, ist allerdings auch die liberale Wirtschaftspolitik auf Sand gebaut.

Quellen der Macht

Immer wieder wird die russische Verfassung vom Dezember 1993 als Ursache des „superpräsidentiellen“ Regimes genannt, das Russland unter Putin prägt. Tatsächlich ist die in dem Dokument festgelegte Herrschaftsordnung nach dem semi-präsidentiellen System der Fünften Französischen Republik modelliert. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Verfassung im letzten Dezember hat kein geringerer als der Präsident des russischen Verfassungsgerichts diesen Einfluss hervorgehoben. Allerdings sind die Kompetenzen im Verhältnis von Präsident und Regierung in der Verfassung nicht eindeutig von einander abgegrenzt. Dies leistet der Tendenz zur Dominanz des Präsidenten über den Premierminister und das Kabinett Vorschub. Andererseits sind die in der Verfassung enthaltenen Potentiale für eine stärkere Rolle des Parlaments und der Regierung nicht zu unterschätzen. Sie kamen während der Regierungszeit Jewgenij Primakows 1998/99 deutlich zur Geltung.

Präsident Putin orientiert sich jedoch an der einseitigen „präsidentiellen“ Auslegung der Verfassung, so wie sie vor und nach der Ära Primakow unter Russlands erstem Präsidenten üblich gewesen war. Er richtet sich sogar noch stärker als sein Vorgänger an einem autoritären Präsidialsystem aus, das sich von einem demokratischen Präsidialsystem durch das Fehlen wirksamer gewaltenteiliger Elemente unterscheidet. Dies zeigte sich schon an Putins Blitzkrieg gegen die Regionen und an der Entmachtung des Föderationsrates. Mit diesen Maßnahmen und der Einführung der sieben neuen „Präsidentenvertreter“ als Aufsichtsorgan gegenüber den Gouverneuren der Regionen wurden die Fundamente der „Präsidentenvertikale“, also der hierarchisch und bürokratisch verfassten Machtpyramide mit dem Präsidenten an der Spitze, zementiert.

Unter Putin wurde nicht nur die institutionelle Stärkung der Zentralmacht forciert, sondern auch die Kontrolle über das Parteiensystem ausgedehnt. Die Frucht der Bemühungen mündete bei den Dumawahlen vom Dezember 2003 in den fulminanten Erfolg der Kreml-Partei „Einiges Russland“. Da es sich bei dieser vorgeblichen Partei jedoch um eine bloße bürokratische Ausgeburt handelt, bedeutete der Sieg keineswegs eine Konsolidierung, sondern eher eine Verödung der Parteienlandschaft. Die in der Botschaft des Präsidenten an das Parlament im Mai 2003 eröffnete Perspektive, die künftige Regierung auf der Basis einer parlamentarischen

Mehrheit als Parteienregierung zu bilden, ist jetzt zwar realisierbar, bringt aber mangels eines qualifizierten politischen Personalreservoirs des „Einigen Russland“ keine politischen Dividenden. Die Übersteuerung des Parteienwettbewerbs hat sich selbst ad absurdum geführt. Insofern kann der Präsident auf der – im Widerspruch zur Parlamentsbotschaft und im Widerspruch zum Verfassungsdesign – auf einer Pressekonferenz im Juni 2003 geäußerten Position beharren, der zufolge eine Abweichung von der „präsidentiellen Republik“ für Russland „nicht zulässig“ und sogar „gefährlich“ sei.

Während Putins parteipolitische Experimente bisher wenig zur Abstützung seiner institutionellen Macht beitrugen, erwies sich die direkte Rekrutierung politischen Personals aus alten Seilschaften als vergleichsweise erfolgreich. Putin holte nach und nach vorzugsweise Berufs- und Studienkollegen aus St. Petersburg, auf deren absolute Loyalität er vertrauen konnte, auf wichtige Posten in die Präsidialadministration und in die Regierung sowie als „Präsidentenvertreter“ in die Provinzen. Da viele dem Militär und den Sicherheitsorganen entstammen, tauchte schon das Wort von einer „Militokratija“, einer Militärherrschaft, auf. (siehe Tabelle und Grafik Seite 4 und 5 zu den Elitenprofilen) Während durch den Zustrom eigener Gefolgsleute die institutionelle Hausmacht des Präsidenten gestärkt wurde, verschärfte sich gleichzeitig die Gruppenkämpfe innerhalb der Bürokratie. Wildwüchsige oligarchische Strukturen in den Herrschaftsapparaten und eine faktische Einparteiherrschaft im Parlament stehen der Entwicklung politischer Stabilität und erst recht demokratischer Legitimität diametral entgegen.

Das plebiszitäre Moment

Über die beschriebenen Methoden der Machtabsicherung hinaus scheint Putin auf den ersten Blick über ein unerschöpfliches Potential an plebiszitären Quellen der Macht zu verfügen. Umfragen bestätigen, dass er sich auf eine konstante Zustimmung in der Bevölkerung stützen kann, die sich auf Schwindel erregenden Höhen von 70 bis 90 Prozent bewegt. Worauf gründet das schier unerschütterliche Vertrauen der Menschen in Putin? Soziologen erklären das Phänomen damit, dass die Menschen ihre Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse in Russland nicht preisgeben wollen. Diese Haltung fußt nicht zuletzt darauf, dass im Unterschied zur Jelzin-Ära Löhne und Gehälter pünktlich ausgezahlt werden. Andererseits fehlt den Befragten aber der feste Glaube an Putins besondere Befähigung, konkrete politische Aufgaben zu lösen. Jüngsten Umfragen zufolge können die Menschen keine greifbaren Leistungen, au-

ßer in der Außenpolitik, benennen. 46 Prozent meinen immerhin, Putin könne in der Zukunft die Probleme des Landes lösen. Seine übrigen Anhänger stehen zu Putin vor allem, da sie keine Alternative zu ihm sehen.

Darin spiegelt sich erneut die Übersteuerung des politischen Wettbewerbs durch Kremlregisseure und Polittechnologien. Putin hält sich selbst minutiös über sein „rating“ auf dem laufenden. PR-Agenturen modellieren den Wunschbildern der Bürger entsprechend ein wohlgefälliges Image Putins, in dem sich alle politischen Gruppen und Bürger wiederfinden und angesprochen fühlen. Der Trick mit dem Playmobil-Präsidenten wirkt. Auch dies gehört zum Kern des Geheimnisses von Putins extrem hoher Popularität. Doch das Spiel mit Trugbildern trägt nur begrenzte Zeit. Folgen den Schimären keine realen Leistungen, dann zerplatzen sie Seifenblasen gleich. Insofern sind auch die plebiszitären Grundlagen der Macht eher prekär.

Fazit

Dem Anschein nach ist Präsident Putin allmächtig. Die Fundamente seiner Macht sind jedoch wenig dauerhaft und begründen keinesfalls ein demokratisches

Über die Autorin

Margarete Mommsen ist emeritierte Professorin für Politikwissenschaft der Universität München.

Lesetipps:

Margareta Mommsen: Wer herrscht in Rußland. Der Kreml und die Schatten der Macht, München: Verlag C.H.Beck 2003.

Margareta Mommsen: Russlands politisches System des ‚Superpräsidialismus‘, in: Höhmann, Hans-Hermann / Schröder, Hans-Henning (Hg.): Russland unter neuer Führung, Münster 2001, S.44–54

Gemeinwesen. Der politische Wettbewerb wurde kraft übermäßiger Steuerung von oben zerstört. Mangels ernst zu nehmender Konkurrenten werden die Präsidentenwahlen im März schon jetzt als Plebiszit für Putin gehandelt. Damit treten die Grundzüge des plebiszitären Regimes deutlich hervor. Andererseits kann von einem plebiszitären Führertum nicht die Rede sein. Dazu fehlt es Putin an einem konsistenten Programm für Reformen in Politik und Wirtschaft, geschweige denn an glaubwürdigen Visionen. Am ehesten verkörpert Putin einen technokratischen Ingenieur des Systemwechsels. Ein neuer Anlauf in Richtung Demokratie erscheint kaum noch vorstellbar. Die letzte Chance für den Präsidenten, seine verborgenen liberalen Seiten zur Geltung zu bringen, würde darin bestehen, nach den Präsidentenwahlen eine liberale Reformregierung aus einem Guss zu bilden. Nur so könnte es gelingen, der politischen wie der ökonomischen Entwicklung entschiedenen Auftrieb zu geben und reale Stabilität zu begründen.

Redaktion: Heiko Pleines

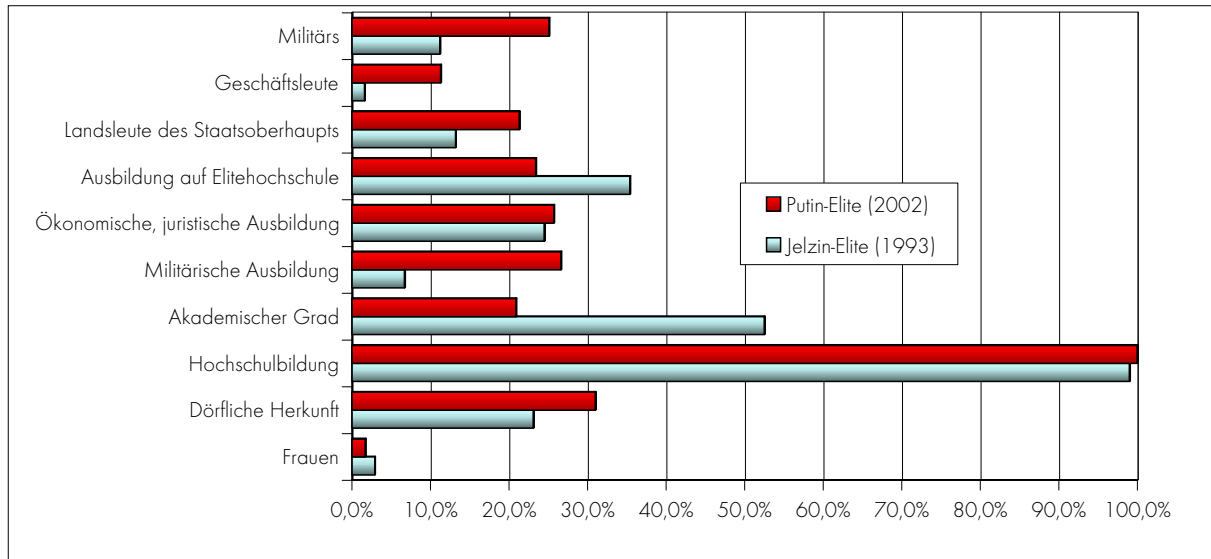
Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text

Elitenprofile 1993 und 2002

	<i>Jelin-Elite (1993)</i>	<i>Putin-Elite (2002)</i>
Durchschnittsalter (Jahre)	51,3	51,5
Frauen	2,9%	1,7%
Dörfliche Herkunft	23,1%	31,0%
Hochschulbildung	99,0%	100,0%
Akademischer Grad	52,5%	20,9%
Militärische Ausbildung	6,7%	26,6%
Ökonomische, juristische Ausbildung	24,5%	25,7%
Ausbildung auf Elitehochschule	35,4%	23,4%
Landsleute des Staatsoberhauptes	13,2%	21,3%
Geschäftsleute	1,6%	11,3%
Militärs	11,2%	25,1%

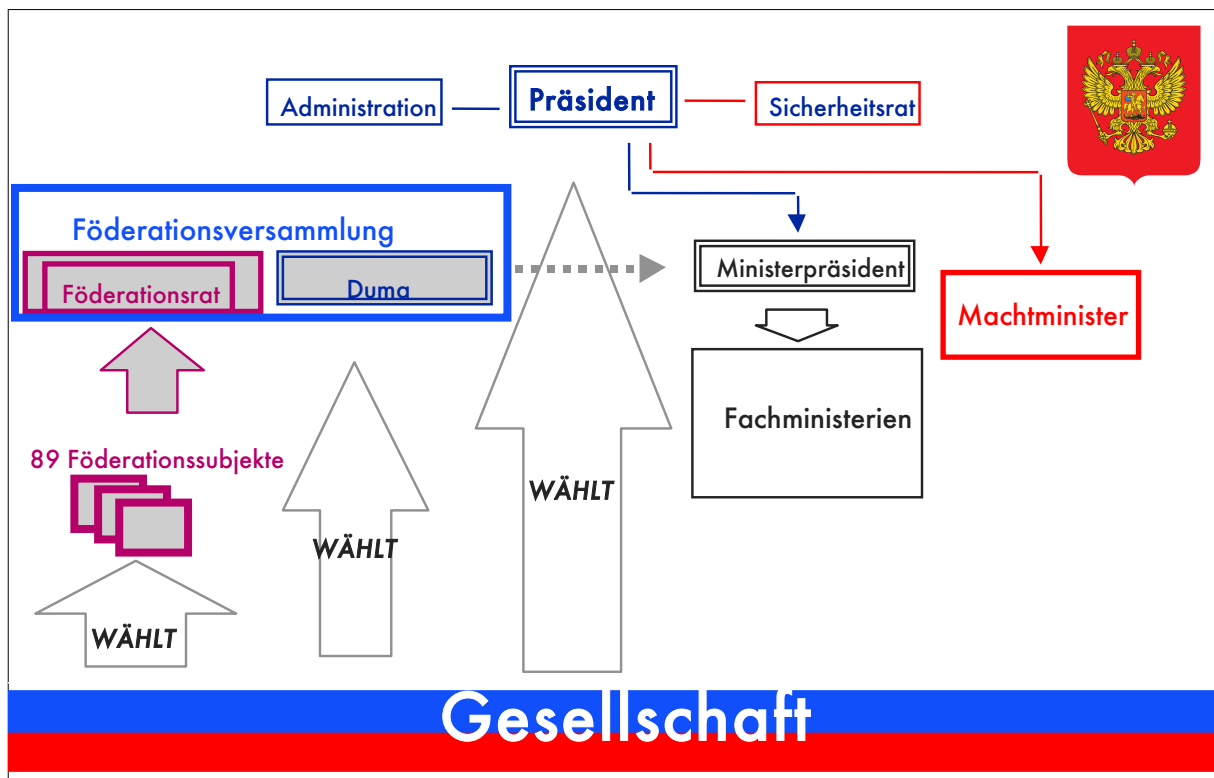
Nach: Oľga Kryschtanowskaja: Reshim Putina: liberal'naja militokratija?, in: Pro et Contra, Band 7.2002, Nr. 4, S. 158–180, hier S. 161.

Das Profil der Führungseliten 1993 und 2002 (Anteil der jeweiligen Kategorie in der jeweiligen Kohorte)



Quelle: Tabelle „Elitenprofile 1993 und 2002“ auf Seite 4

Das Regierungssystem der Russischen Föderation (nach der Verfassung von 1993)



Grafik: Hans-Henning Schröder

„All the President's Men ...“

Die Verfassung von 1993 konzentriert die gesamte Macht in der Hand des Präsidenten. Ihm – nicht dem Parlament – ist der Ministerpräsident und die Regierung verantwortlich, ihm unterstehen direkt die „Machtstrukturen“ (Verteidigungsministerium, Innenministerium und Geheimdienste), bei ihm ressortiert die Außenpolitik. Er verfügt über eine eigene legislative Kompetenz, die er über Erlasse ausüben kann, er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte – kurz, der Präsident bestimmt nicht nur die Richtlinien der Politik, er trifft selbst alle wesentlichen Entscheidungen. Dazu bedarf er naturgemäß eines Apparates, in dem Strategien entwickelt und Entscheidungen vorbereitet werden. Gegenwärtig gibt es im Umfeld des Präsidenten drei Zentren, die dies tun: die Präsidialverwaltung (siehe Tabelle Seite 7 bis 9), die Regierung und der Sicherheitsrat (siehe Tabelle Seite 10). In der Regel werden innenpolitische Fragen in der Präsidialverwaltung entschieden, der Sicherheitsrat befasst sich mit Außen- und Sicherheitspolitik und die Regierung mit Wirtschaftspolitik. In der Praxis kommt es vielfach zu Überschneidungen und die drei Zentren stehen in ständiger Konkurrenz. Dabei ist der Sicherheitsrat in den letzten Jahren ins Hintertreffen geraten, er hat unter Ruschajlo viel an Bedeutung verloren. Entscheidungsvorlagen der drei Zentren werden in der Regel der Staatsrechtlichen Hauptverwaltung und der Wirtschaftspolitischen Verwaltung der Präsidialadministration vorgelegt, wenn es um Personalfragen geht, auch der Kaderverwaltung, ehe sie dem Präsidenten selbst unterbreitet werden.

In diesem engen Kreis wird Putins Politik gemacht. Dabei konkurrieren – glaubt man russischen Medien – wenigstens drei Gruppen oder „Clans“: die „Familie“, die „Petersburger Juristen“ und die „Petersburger Tschekisten“. Zur ersten Gruppe zählt man die Reste des Jelzin-Clans, insbesondere Ministerpräsident Kasjanow und Woloschin, bis dieser im Herbst 2003 als Leiter der Präsidialadministration abgesetzt wurde. Die Position der „Familie“ ist aber gefährdet, nachdem Woloschin seine Schlüsselposition verloren hat. Es halten sich auch hartnäckig Gerüchte über eine baldige Ablösung Kasjanows. Die „Petersburger Juristen“, wirtschaftsnahe und reformorientierte Politiker, die Putin aus der Petersburger Verwaltung mitgebracht hat, zu denen auch der jetzige Leiter der Präsidialadministration Medwedjew gezählt wird, erscheinen vergleichsweise stabil. Zu ihnen rechnet man neben Medwedjew etwa Wirtschaftsminister Gref und Finanzminister Kudrin und den Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration Kosak. Letzterer gilt als eigentlicher Leitwolf dieses Clans, während Medwedjew eher als Moderator zwischen den Gruppen aufzutreten scheint. Als wichtigste Vertreter der „Petersburger Tschekisten“, den Weggefährten Putins aus seiner Petersburger KGB-Zeit und aus seiner Tätigkeit als Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, werden Viktor Iwanow, der u.a. für Personalpolitik zuständig ist, und Igor Setschin, der die Kanzlei des Präsidenten leitet, angesehen. Die „Tschekisten“ gelten als treibende Kraft hinter den Angriffen auf den Jukos-Konzern, man unterstellt ihnen insgesamt antiwirtschaftliche Tendenzen, während die „Justisten“ als Sachwalter von Wirtschafts- und Reforminteressen angesehen werden. Ob diese Zuordnungen zutreffen, ist von außen nur schwer zu beurteilen. Gegensätzliche Aussagen etwa zur Frage der Verfügung über Bodenschätze legen aber die Vermutung nahe, dass es im Umfeld des Präsidenten erhebliche Konflikte gibt.

Hans-Henning Schröder, Bremen

Die Präsidentialadministration

<i>Leiter der Präsidentialadministration</i>	
Medwedjew, Dmitrij	
<i>Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration</i>	
Kosak, Dmitrij	
<i>Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration</i>	
Abramow, Alexander	
Iwanow, Viktor	
Nasarow, Valerij	
Pollyjewa, Dshachan	
Prichodko, Sergej	
Setschin, Igor	
Surkow, Wladislaw	
Schuwalow, Igor	
<i>Protokoll und Pressesekretär</i>	
Schtschegolew, Igor	Protokoll
Gromow, Aleksej	Pressesekretär
<i>Abteilungen der Präsidentialadministration</i>	
Kanzlei	
Referentur	Wawra, Andrej
Hauptterritorialverwaltung	Popow, Andrej
Hauptverwaltung für Innenpolitik	Kosopkin, Alexander
Apparat des Sicherheitsrats	Ruschajlo, Vladimir
Hauptkontrollverwaltung	Nasarow, Valerij
Staatsrechtliche Hauptverwaltung	Brytschewa, Larisa
Verwaltung für Außenpolitik	Prichodko, Sergej
Kaderverwaltung	Osipow, Vladimir
Wirtschaftspolitische Verwaltung	Danilow-Daniljan, Anton
Expertenverwaltung	Kordonskij, Simon
Verwaltung für Staatsauszeichnungen	Siwowa, Nina
Verwaltung für Fragen der Staatsbürgerschaft	Schumow, Vladimir
Verwaltung für Begnadigungen	Ziviljow, Robert
Protokollverwaltung	Menschikow, Vitalij
Pressedienstverwaltung	Timakowa, Natalja
Informationsverwaltung	Porschnew, Igor
Organisationsverwaltung	Tschernow, Valerij
Verwaltung für Informations- und Dokumentationsverwaltung	Schustizkij, Jurij
Verwaltung für Bearbeitung von Bürgeranfragen	Mironow, Michail
<i>Bevollmächtigte des Präsidenten in den Organen der Staatsmacht</i>	
Kotenkow, Alexander	Bevollmächtigter des Präsidenten in der Staatsduma
Chishnjakow, Wjatscheslaw	Bevollmächtigter des Präsidenten im Föderationsrat
Mitjukow, Michail	Bevollmächtigter des Präsidenten im Verfassungsgericht
Laptjew, Pawel	Bevollmächtigter des Präsidenten beim Europäischen Gerichtshof

Die Präsidentialadministration (Fortsetzung)

<i>Leiter der Präsidentialadministration</i>	
Medwedjew, Dmitrij	
<i>Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration</i>	
Kosak, Dmitrij	
<i>Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration</i>	
Abramow, Alexander	
Iwanow, Viktor	
Nasarow, Valerij	
Pollyjewa, Dshachan	
Prichodko, Sergej	
Setschin, Igor	
Surkow, Wladislaw	
Schuwalow, Igor	
<i>Protokoll und Pressesekretär</i>	
Schtschegolew, Igor	Protokoll
Gromow, Aleksej	Pressesekretär
<i>Abteilungen der Präsidentialadministration</i>	
Kanzlei	
Referentur	Wawra, Andrej
Hauptterritorialverwaltung	Popow, Andrej
Hauptverwaltung für Innenpolitik	Kosopkin, Alexander
Apparat des Sicherheitsrats	Ruschajlo, Vladimir
Hauptkontrollverwaltung	Nasarow, Valerij
Staatsrechtliche Hauptverwaltung	Brytschewa, Larisa
Verwaltung für Außenpolitik	Prichodko, Sergej
Kaderverwaltung	Osipow, Vladimir
Wirtschaftspolitische Verwaltung	Danilow-Daniljan, Anton
Expertenverwaltung	Kordonskij, Simon
Verwaltung für Staatsauszeichnungen	Siwowa, Nina
Verwaltung für Fragen der Staatsbürgerschaft	Schumow, Vladimir
Verwaltung für Begnadigungen	Ziviljow, Robert
Protokollverwaltung	Menschikow, Vitalij
Pressedienstverwaltung	Timakowa, Natalja
Informationsverwaltung	Porschnew, Igor
Organisationsverwaltung	Tschernow, Valerij
Verwaltung für Informations- und Dokumentationsverwaltung	Schustizkij, Jurij
Verwaltung für Bearbeitung von Bürgeranfragen	Mironow, Michail
<i>Bevollmächtigte des Präsidenten in den Organen der Staatsmacht</i>	
Kotenkow, Alexander	Bevollmächtigter des Präsidenten in der Staatsduma
Chishnjakow, Wjatscheslaw	Bevollmächtigter des Präsidenten im Föderationsrat
Mitjukow, Michail	Bevollmächtigter des Präsidenten im Verfassungsgericht
Laptjew, Pawel	Bevollmächtigter des Präsidenten beim Europäischen Menschengerichtshof

Die Präsidentialadministration (Fortsetzung)

<i>Bevollmächtigte des Präsidenten in den Föderalbezirken</i>	
Poltavtschenko, Georgij	Zentraler Föderalbezirk
Kasanzew, Viktor	Südlicher Föderalbezirk
Kirijenko, Sergej	Föderalbezirk Volga
Klebanow, Ilja	Nordwestlicher Föderalbezirk
Latyschew, Petr	Uralföderalbezirk
Dratschewskij, Leonid	Sibirischer Föderalbezirk
Pulikowskij, Konstantin	Föderalbezirk Fernost
<i>Berater des Präsidenten</i>	
Burutin, Alexander	
Illarionow, Andrej	Wirtschaftspolitik
Pristawkin, Anatolij	Begnadigungen
Samojlow, Sergej	Migrationsfragen, Abgrenzung föderale, regionale, kommunale Kompetenzen, nationale Beziehungen
Troschew, Gennadij	Kosakenfragen
Schewtschenko, Vladimir	Protokollfragen
<i>Gehilfen des Präsidenten</i>	
Aslachanow, Aslambek	
Schaposchnikow, Jewgenij	Luft- und Raumfahrt
Sergejew, Igor	Strategie und Sicherheitspolitik
Jastrshembskij, Sergej	Presse und Information
<i>Kommissionen</i>	
Kommission für militärtechnologische Zusammenarbeit mit anderen Ländern	
Sonderkommission für Fragen des Imports von Nuklearabfällen aus dem Ausland	
Kommission für Kriegsgefangene, Internierte und Vermißte	
Kommission für Föderationsfragen und lokale Selbstverwaltung	
Kommission für Fragen der Staatsbürgerschaft	
Staatliche Technologiekommission	
Kommission für Staatliche Auszeichnungen	
Menschenrechtskommission	
Kommission für die Rehabilitation von Opfern politischer Repression	
<i>Räte</i>	
Rat zum Kampf mit der Korruption	
Rat für Kultur und Kunst	
Heraldikrat	
Rat zur Vervollkommnung der Justiz	
Rat für Hochtechnologie	
Rat für die Zusammenarbeit mit Religionsvereinigungen	
Rat für Körperkultur und Sport	

Nach: <http://president.kremlin.ru>

Der Sicherheitsrat

<i>Vorsitzender des Sicherheitsrates</i>	
Putin, Wladimir	Präsident
<i>Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates</i>	
Kasjanow, Michail	Ministerpräsident
Ruschajlo, Wladimir	Sekretär des Sicherheitsrates
Iwanow, Igor	Außenminister
Iwanow, Sergej	Verteidigungsminister
Patruschew, Nikolaj	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB
<i>Mitglieder des Sicherheitsrates</i>	
Medwedjew, Dmitrij	Leiter der Präsidentialadministration
Gryslow, Boris	Vorsitzender der Duma
Dratschewskij, Leonid	Präsidentialbevollmächtigter des Sibirischen Föderalbezirks
Kasanzew, Viktor	Präsidentialbevollmächtigter des Südlichen Föderalbezirks
Kwaschnin, Anatolij	Chef des Generalstabs
Kirijenko, Sergej	Präsidentialbevollmächtigter des Föderalbezirks Wolga
Latyschew, Petr	Präsidentialbevollmächtigter des Föderalbezirks Ural
Lebedjew, Sergej	Direktor des Auslandsnachrichtendienstes SVR
Klebanow, Ilja	Präsidentialbevollmächtigter des Nordwestlichen Föderalbezirks
Mironow, Sergej	Vorsitzender des Föderationsrates
Osipow, Jurij	Präsident der Akademie der Wissenschaften
Poltavtschenko, Georgij	Präsidentialbevollmächtigter des Zentralen Föderalbezirks
Pulikowskij, Konstantin	Präsidentialbevollmächtigter des Föderalbezirks Fernost
Ustinow, Wladimir	Generalstaatsanwalt
Tschajka, Jurij	Justizminister
Schojgu, Sergej	Katastrophenschutzminister
<i>Apparat</i>	
Sekretär des Sicherheitsrates	Ruschajlo, Wladimir
Apparat des Sicherheitsrates	
Wissenschaftlicher Rat des Sicherheitsrates	

Nach: <http://president.kremlin.ru>

Chronik vom 29. Januar bis zum 4. Februar 2004

29.1.2004	Russische Sprecher kritisieren den Besuch von Achmed Sakajew in Deutschland. Sakajew, Vertreter des tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow, hält sich auf Einladung von SPD-Bundestagsabgeordneten in der Bundesrepublik auf.
30.1.2004	Der stellvertretende US-Außenminister John Bolton erörtert mit dem stellvertretenden russischen Generalstabschef Generaloberst Jurij Balujewskij die amerikanische Initiative über die Sicherheit gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.
30.1.2004	Gründungskongreß der gesellschaftlichen Bewegung „Patriotische Volksunion Heimatland“. Vorsitzender wird Sergej Glasjew.
31.1.2004	Der Rechnungshof teilt mit, dass er im Autonomen Kreis der Tschuktschen und im Mineralölkonzern „Sibneft“ parallel Revisionen durchführen will, bei denen der Einsatz der Haushaltsmittel des Kreises bzw. die Steuerzahlungen des Unternehmens geprüft werden. Der Gouverneur des Autonomen Kreises der Tschuktschen, Roman Abramowitsch, ist gleichzeitig Hauptbesitzer von „Sibneft“.
1.2.2004	Bewaffnete dringen in das Haus eines Offiziers der Leibwache des russland-treuen tschetschenischen Präsidenten Achmat Kadyrow im Dorf Alleroj ein und töten fünf Mitglieder der Leibwache Kadyrows.
2.2.2004	Millhouse Capital, das die Aktien der größten Eigentümer von Sibneft verwaltet, teilt mit, dass die Vertreter der größten Aktionäre von Jukos und Sibneft ein Protokoll unterzeichnet haben, mit dem ihre Fusion offiziell rückgängig gemacht wird.
2.2.2004	Ein Moskauer Stadtgericht verurteilt den ehemaligen Chef des Staatlichen Statistischen Komitees Jurij Jurkow und den ehemaligen Leiter der Abteilung Analyse bei diesem Komitee Boris Saakjan wegen Unterschlagung zu viereinhalb Jahren Haft.
2.2.2004	In unmittelbarer Nähe der Wohnung der Journalistin Jelena Tregubowa explodiert eine Bombe. Die Journalistin hatte ein Buch über ihre Arbeit als Kreml-Journalistin veröffentlicht.
3.2.2004	Putins Wahlkampfbüro nimmt seine Arbeit auf. Die Leitung liegt bei Dmitrij Kosak, dem Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration.
3.2.2004	Bei der Explosion einer Autobombe in Wladikawkaz (Nordossetien) werden 3 Personen getötet und acht weitere verletzt.
4,2,2004	Walerij Schachnowskij, einer der Hauptanteilseigner von Jukos, wird wegen Steuerhinterziehung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt, da Schachnowskij „keine Gefahr für die Gesellschaft“ darstelle. Schachnowskij hatte schon mehr als 1 Million US-Dollar Strafe und Steuernachzahlungen an den Staat geleistet.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>